

Österreich-Ungarn.

* Weitere Anforderungen an Herren von Gansch. Wie auf Wunsch genehmigt wird, wurde gestern Freiherr von Gansch unmittelbar, nachdem er seine Rede gehalten hatte, vor einem leichten Unwölflein bestellt, erholt sich aber bald wieder. Der Ministerpräsident litt an einer schweren Infektion, die eine Mittelohrentzündung und eine Entzündung des Gehörwandschlaugs im Gefolge hatte. Diese diente in einigen Tagen wieder ab. Der politische Radikal Steyer interpellierte den Ministerpräsidenten, ob es richtig sei, daß der Kaiser in einer Reiseausfahrt den sozialistischen Gesetz-Wahlkampf über die Wahlkampf eines Teiles des Volksstabs ausgetragen habe. Der Justizpalast erklärt, die Verhandlung mit dem Abgeordneten sei ein ausdrücklicher Wunsch der Abgeordneten. Der Ministerpräsident äußerte gegenwärtig dem Obmann des Reichsrats und Reichsbeamten Pogac den Wunsch, daß der Sozialist in zweiter Belang so bald als möglich enthebt werde, damit, falls Ungarn die Fristen durch Bildung eines neuen Kabinett zu einer Wiedergabe gesetzesmäßig gegen den Obmann des Reichsrats mit leichten Anstrengungen verfolgen könne.

Frankreich.

* Der Reichsrat fordert als Ordon für Preußen. Wie auf Wunsch genehmigt wird, hat der Präsident des Reichsratskamts, Wallot Stempel, wegen der Belästigung des Reichs vom Nationalsozialistischen Bund, die Berichterstattung über die Aussicht des Preussischen Gesetzes zu übernehmen, der Kammergerichtsrat Dassau mit der Berichterstattung betraut.

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

Aus Sachsen.

* Dresden, 18. März.

* Zum Königlichen Hof. Der König hat sich heute vormittag 9 Uhr in Wien mit dem General Albrecht und dem Kommandeur v. Erziger zur Eröffnung der Hochstaats-Ausstellung nach Leipzig gegeben.

* Zur Begründung eines Militärvereinshaus sind hier in diesen Tagen die ersten Schritte getan worden. Es sind eine Anzahl Vorsteher bürgerlicher Königlich Sächsischer Militärvereine unter der Führung des Dresdner Bezirksvorsteher v. Wolfgram zusammengetreten, um die Gründung eines Dresdner Militärvereinshaus in die Wege zu leiten. Es soll ein Heim begründet werden, das sämtlichen Dresdner Militärvereinen, die dem Königlich Sächsischen Militärverein ebd. an der angehörigen, gefundene, leicht und luftreiche Räume bietet, in denen die Monatsversammlungen der einzelnen Vereine abgehalten werden können. Die Räume sollen so eingeteilt werden, daß sie auch zur Ablösung beliebter und unterhaltsamer Vorführungen und zu größeren Veranstaltungen und Feierlichkeiten benutzt werden können. Als Gesellschafter sollen aufgenommen werden der Königlich Sächsische Militärvereinbund, die Ehren- und außerordentlichen Mitglieder des Bundes, die Militärvereine Dresdens und deren einzelne Mitglieder einschließlich der Ehemaligen und außerordentlichen Mitglieder des Vereins usw. Auch Militärvereine und Personen, die ihren Sitz nicht in Dresden haben, können als Gesellschafter aufgenommen werden. Der Gesellschaftsanteil eines jeden Gesellschafters beträgt 50,-, er kann jedoch beim Eintritt voll oder durch größere Teilnahme oder auch durch sogenannte Bausteine zu 50,- nach und nach angezahmt werden.

*

* Berlin, 18. März. Das Projekt einer dritten Bürgerschule und eines Volkssabes in bisheriger Stadt ist wieder um einen Schritt weitergekommen. Erster soll auf dem freien Platz hinter der ersten Bürgerschule erbaut werden, während das Volksschul in Mitte der Stadt auf einem freien Platz an der Riesbachstraße zu stehen kommt. Als Schularzt wird Herr Dr. med. Hebenstreit hier angestellt.

* Posen, 18. März. Der Beizirksausschuß unserer Amtshauptmannschaft hat beschlossen, daß die Kadetten-Kasernen an dem bisherigen Sportplatz Mühlstraße des polnischen Geschwadrigs unterliegen und als öffentliche Baulandmarken zu bestehen sind, wie es bereits in Leipzig und Dresden geschieht.

* Bremen, 18. März. Die Arbeiten an der Straße Wyk-Lengenfeld i. B. sind fortsetzt gefordert, daß vornehmlich Witte Mai auch die letzte Teilstrecke Wolfsburg-Lengenfeld i. B. wird in Betrieb genommen werden können. Außerdem wird, wie wir schon früher mitteilten, die neue Linie auf ihrer ganzen Ausdehnung nicht nur den Güterverkehr, sondern auch den Personen- und Verkehrsverkehr dienen. Auch die Neubaustadt Eichenstock und Bahnhof-Eichenstock i. B. kann jetzt fertiggestellt. Ihre Betriebsfreigabe ist ebenfalls für Anfang Mai in Aussicht genommen.

1. Schönheide, 17. März. Die hiesige Sparkasse erzielte im vergangenen Jahre bei 375 244,- neuen Spar-einzügen, 300 691,- zur jahresgeplante Einlagen und 2 015 532,- Aktien- und Passiven eine Rendite von 17 078,-.

2. Schneberg, 17. März. Im heutigen Abend Seminare haben sämtliche 29 Schüler der I. Klasse die Reifeprüfung bestanden.

** Schneberg, 17. März. Das Stadtverwaltung hat die Verlängerung der großen Schulferien auf 4 Wochen abgelehnt.

** Freiberg, 17. März. Der Aufbau des Programms für den Besuch König Friedrich Augusts und die feierlichen Veranstaltungen ist fertiggestellt und an höherer Stelle überreicht worden. Mit Rückblick auf den gleichzeitigen Besuch der Grünen und Blauen ist dem Besuch am Auskunftsamt des Besuchs auf 1½ Tage, 8. und 7. April, ausdrücklich verliehen worden. — Der am 13. Februar 1905 in Dresden verstorbenen Privatus Adolf Radisch hat der bisherigen Stadtverwaltung lebenslang ein Kapital von 50 000 Mark zur Verwendung für Armenwohle übertragen.

B. Pirna, 17. März. Bei den am vierten Lehrerseminar abgehaltenen Kandidatenprüfungen haben 29 Prüflinge das Examen bestanden.

* Jena. Der hiesige Nationalliberale Verein veranstaltet am 1. April eine öffentliche Bismarckfeier. Die Festrede hat in liebenswürdiger Weise der bekannte Historiker und ausgezeichnete Bismarck-Kenner Herr Nestor Prof. Dr. Kämmerlein-Leipzig übernommen.

Aus der Umgegend.

** Zwickau, 18. März. Gestern abend wurde ein hieser Zwickauer 27 Jahre alter Bahnarbeiter auf dem Nachhauseweg von einem Arbeitskollegen aus Nachdrift mit dem Eisen in den Kopf geschlagen und nicht unerheblich verletzt. Er mußte in der Chirurgischen Klinik zu Leipzig verbunden werden.

-ob- Moritzstädt. Die diesjährige Hauptversammlung des sächsischen Zusammengesetzten, dem die weiteste grösste Zahl der im Königreiche Sachsen beschiedenen Innungen angehören, wird hier im Laufe des Sommers stattfinden. In den Verbandsversammlungen werden bereits jetzt schon zu stellende Anträge beraten.

Zu den Landtagswahlen.

* Der Bezirkverein West-Leipzig hatte auf die Tagessitzung der am Freitag abend im "Gothaerischen" zu Plagwitz abgehaltenen Hauptversammlung eine "Vereidigung über die bevorstehende Landtagswahl" vorgelegt. Es ist das zweifellos auf Grund eines Beschlusses gefehlt. Trotzdem wird es bei den übrigen Bezirkvereinen einige Veränderung erzeugen. Gerade die Bezirkvereine haben streng darauf, ihre Tätigkeit nur auf kommunalem Gebiete oder im gemeinschaftlichen Interesse zu ausüben. Diese Vereidigung aller politischen Fragen ermöglicht es, daß sich in den Bezirkvereinen Angehörige aller bürgerlichen Parteien zu einem solchen Wirken zusammenschließen. Was veranlaßt nun den Bezirkverein, von dieser Rechtschau abzuweichen? Dass der Westen Leipzig mehr als alle anderen sächsischen Wahlkreise an der Landtagswahl interessiert sei, wird zweifelhaft. Die Verhandlung mit Abgeordneten ist ein ausdrücklicher Wunsch der Abgeordneten. Der Ministerpräsident äußerte gegenwärtig dem Obmann des Reichsrats und Reichsbeamten Pogac den Wunsch, daß der Sozialist in zweiter Belang so bald als möglich enthebt werde, damit, falls Ungarn die Fristen durch Bildung eines neuen Kabinett zu einer Wiedergabe gesetzesmäßig gegen den Obmann des Reichsrats mit leichten Anstrengungen vorbereitet.

* Weitere Anforderungen an Herren von Gansch. Wie auf Wunsch genehmigt wird, wurde gestern Freiherr von Gansch unmittelbar, nachdem er seine Rede gehalten hatte, vor einem leichten Unwölflein bestellt, erholt sich aber bald wieder. Der Ministerpräsident litt an einer schweren Infektion, die eine Mittelohrentzündung und eine Entzündung des Gehörwandschlaugs im Gefolge hatte. Diese diente in einigen Tagen wieder ab. Der politische Radikal Steyer interpellierte den Ministerpräsidenten, ob es richtig sei, daß der Kaiser in einer Reiseausfahrt den sozialistischen Gesetz-Wahlkampf über die Wahlkampf eines Teiles des Volksstabs ausgetragen habe. Der Justizpalast erklärt, die Verhandlung mit dem Abgeordneten sei ein ausdrücklicher Wunsch der Abgeordneten. Der Ministerpräsident äußerte gegenwärtig dem Obmann des Reichsrats und Reichsbeamten Pogac den Wunsch, daß der Sozialist in zweiter Belang so bald als möglich enthebt werde, damit, falls Ungarn die Fristen durch Bildung eines neuen Kabinett zu einer Wiedergabe gesetzesmäßig gegen den Obmann des Reichsrats mit leichten Anstrengungen vorbereitet.

* Der Reichsrat fordert als Ordon für Preußen. Wie auf Wunsch genehmigt wird, hat der Präsident des Reichsratskamts, Wallot Stempel, wegen der Belästigung des Reichs vom Nationalsozialistischen Bund, die Berichterstattung über die Aussicht des Preussischen Gesetzes zu übernehmen, der Kammergerichtsrat Dassau mit der Berichterstattung betraut.

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deputierten eben ein und zwei Wahlgemeinden zusammelagten und unter dem falschen Eindruck der Besinnung ihrer Wähler-chaft stehen."

* Das Gesetz Brian und die Wähler. Die "Demokratie" schreibt über den gefährlichen Gedanken des Deputationskamtes, die Sicherung der Regierungsausübung bereits am nächsten Dienstag beginnen zu wollen: "Die republikanische Mehrheit darf keinen der beiden Wahlen beladen, die kommen von Reiche und Staat noch durchzuführen. Die Mehrheit vot. 247 gegen 246 Stimmen, mit welcher das Gesetz gehebt ist, ist umso bedenklicher, als die Deput

